

Kleine Anfrage mit Antwort

Wortlaut der Kleinen Anfrage

der Abgeordneten Helge Limburg und Ursula Helmhold (GRÜNE), eingegangen am 31.03.2011

Aktivitäten von Neonazis in den Landkreisen Schaumburg und Hameln-Pyrmont

Die Zahl der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund ist in den Landkreisen Schaumburg und Hameln-Pyrmont im letzten Jahr spürbar angestiegen. Diesen Eindruck haben nicht nur die Bewohnerinnen und Bewohner der Landkreise, sondern das zeigt auch der Blick in die Statistik: Im ersten Halbjahr 2010 waren es noch 21 Straftaten, im zweiten Halbjahr bereits 36¹. Auch als Reaktion auf diese Entwicklung engagieren sich Menschen in Bückeburg und planen die Gründung eines Bündnisses, das sich insbesondere gegen Aktivitäten mit rechtsextremistischem Hintergrund einsetzt. Das Wissen über diese Aktivitäten ist eine Grundvoraussetzung für engagiertes zivilgesellschaftliches Handeln für Demokratie und Menschenrechte.

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Welche rechtsextremistischen Organisationen - sowohl Parteien als auch freie Kameradschaften und Autonome Nationalisten - sind in den Landkreisen Schaumburg und Hameln-Pyrmont derzeit aktiv?
2. Wie viele Personen gehören jeweils den unter 1. genannten Organisationen an?
3. Welche Aktivitäten wie z. B. Konzerte, Kundgebungen oder Infostände gingen in den letzten zwölf Monaten von diesem Personenkreis aus? (Bitte getrennt nach Aktionsform, Anlass, Landkreis und - soweit nachvollziehbar - nach Veranstalterinnen und Veranstaltern auflisten.)
4. Wie viele Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund wurden in den letzten zwölf Monaten in den Landkreisen Schaumburg und Hameln-Pyrmont verübt? Wie viele davon waren Gewaltdelikte? Wie viele davon hatten einen rassistischen Hintergrund?
5. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Aktivitäten mit rechtsextremistischem Hintergrund an Schulen in den betreffenden Landkreisen?

(An die Staatskanzlei übersandt am 06.04.2011 - II/721 - 939)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- P 23.22-01425/2 -

Hannover, den 08.06.2011

Zuverlässige Aussagen zur Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität in einzelnen Landkreisen Niedersachsens können nur anhand von angemessenen Vergleichszeiträumen getroffen werden. Der Vergleich von landkreisbezogenen Fallzahlen aus zwei Halbjahren lässt keine fundierte Bewertung der Politisch motivierten Kriminalität für die Landkreise Schaumburg und Hameln-Pyrmont zu.

¹ Die Zahlen stammen aus den Antworten auf Anfragen zu rechtsextremistischen Straftaten in Niedersachsen (Drs. 16/3327, 16/2836 sowie 16/71). Im Landkreis Schaumburg waren es zwölf Straftaten im ersten und 21 im zweiten Quartal, im Landkreis Hameln-Pyrmont waren es neun bzw. 15 Straftaten.

Bei Betrachtung der Entwicklung der Politisch motivierten Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund für den Landkreis Hameln-Pyrmont in einem Langzeitvergleich ist ein statistisch signifikanter Anstieg nicht feststellbar. So wurde beispielsweise mit einer Anzahl von 24 rechtsextremistisch motivierten Straftaten im Jahr 2010 im Landkreis Hameln-Pyrmont der zweitniedrigste Wert im zurückliegenden Zehn-Jahres-Zeitraum verzeichnet. Im Jahr zuvor registrierte die Polizei noch 26 Delikte. In den letzten zehn Jahren wurden durchschnittlich 29,4 rechtsextremistisch motivierte Straftaten pro Jahr in diesem Landkreis verübt. Dagegen ist im Landkreis Schaumburg ein Anstieg rechtsextremistisch motivierter Straftaten von 25 Delikten im Jahr 2009 auf 34 Delikte im Jahr 2010 zu verzeichnen. Im zurückliegenden Zehn-Jahres-Zeitraum wurden durchschnittlich 31,1 Delikte pro Jahr verübt.

Die Landesregierung nimmt die Sorgen der Bevölkerung in Bezug auf rechtsextremistische Straftaten sehr ernst. Die niedersächsischen Sicherheitsbehörden gehen auch in den Landkreisen Schaumburg und Hameln-Pyrmont mit nachhaltigen Strategien und Konzepten zielgerichtet gegen den Rechtsextremismus vor.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1 und 2:

Der Landkreis Schaumburg gehört nach Erkenntnissen der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde organisatorisch zum NPD-Unterbezirk Mittelweser, der Landkreis Hameln-Pyrmont zum Unterbezirk Oberweser. Während über den Unterbezirk Mittelweser wegen dessen Inaktivität seit der Bundestagswahl 2009 keine Aussagen zur Mitgliederstärke getroffen werden können, rechnet der Verfassungsschutz dem Unterbezirk Oberweser derzeit einen 20 bis 25 Personen umfassenden Anhängerkreis zu.

Nach den Erkenntnissen der niedersächsischen Sicherheitsbehörden sind in den Landkreisen Schaumburg und Hameln-Pyrmont derzeit keine rechtsextremistischen Kameradschaften aktiv.

In Bückeburg ist den niedersächsischen Sicherheitsbehörden eine Gruppe bekannt, die sich „Autonome Nationalisten Bückeburg“ nennt. Die Angehörigen dieser Gruppe orientieren sich am Auftreten der rechtsextremistischen Autonomen Nationalisten. Ende März 2011 wurde zudem eine Internetseite unter der Bezeichnung „Autonome Nationalisten Bückeburg“ eingestellt, die neben politischen Texten, Videos und Terminen von Demonstrationen auch regionale Nachrichten beinhaltet. Involviert sind neben Personen der örtlichen unstrukturierten Szene auch Angehörige der überregionalen neonazistischen Szene, u. a. aus der Region Hannover und Nordrhein-Westfalen. Der Gruppe „Autonome Nationalisten Bückeburg“ sind derzeit ca. 15 vornehmlich Jugendliche bzw. Heranwachsende zuzurechnen. Davon haben vier Personen ihren Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen.

Darüber hinaus sind den niedersächsischen Sicherheitsbehörden weitere rechtsextremistische Gruppen bekannt, die allerdings nicht den bundeseinheitlichen Kriterien von Kameradschaften bzw. Autonomen Nationalisten entsprechen.

Zu 3:

Im Zeitraum vom 01.04.2010 bis zum 31.03.2011 fand im Landkreis Schaumburg am 14.08.2010 der Trauermarsch des „Gedenkbündnisses Bad Nenndorf“ zum dortigen Wincklerbad statt.

Im gleichen Zeitraum kam es im Landkreis Hameln-Pyrmont am 20.12.2010 durch Mitglieder des NPD-Unterbezirks Oberweser in der Fußgängerzone von Hameln zur Verteilung von Werbematerial.

Zu 4:

Politisch motivierte Straftaten werden von der Polizei in einem von der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) beschlossenen bundeseinheitlichen Kriminalpolizeilichen Meldedienst - Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst.

Im Zeitraum vom 01.04.2010 bis zum 31.03.2011 wurden im Landkreis Hameln-Pyrmont durch die Polizei 23 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund im KPMD-PMK registriert. Rechtsextremistische Gewaltdelikte oder Straftaten mit einer rassistischen Motivation wurden der Polizei nicht bekannt.

Im Landkreis Schaumburg wurden im gleichen Zeitraum 46 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund erfasst, davon vier Gewaltdelikte. Rechtsextremistische Straftaten mit einer rassistischen Motivation wurden der Polizei nicht bekannt. Der Anstieg der Straftaten basiert auf Konflikten und Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der linken und rechten Szene. Dabei kam es auch zu Sachbeschädigungen und Gewaltdelikten. Insbesondere bei der Feststellung der Entwicklung gewalttätiger Auseinandersetzungen ist ein möglichst frühzeitiges und konsequentes Vorgehen der Polizei erforderlich. Aus diesem Grund wurde durch die zuständige Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg umgehend ein spezielles Bekämpfungskonzept erarbeitet und umgesetzt, um diesen Entwicklungen entgegen zu wirken.

Zu 5:

Nach Erkenntnissen der Polizei wurde einer Realschule in Hameln am 20.12.2010 eine E-Mail von einem angeblichen „Bundesministerium für politische Bildung“ zugesandt. Im Kern ging es um eine sogenannte „Schüler-CD“ mit rechtsextremistischen Inhalten, die den Schülern zum Download angeboten werden sollte. Vonseiten der Schulleitung wurde umgehend die Polizei informiert. Ein strafbarer Hintergrund lag nicht vor.

Darüber hinaus liegen den niedersächsischen Sicherheitsbehörden, der Niedersächsischen Landesschulbehörde und dem Niedersächsischen Kultusministerium keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Uwe Schünemann